Das Bündnis c/o Sozialdenker e.V.
Geschäftsstelle | Holzmarktstr.69 | 10179 Berlin

Bundeskanzleramt
zu Hdn. Bundeskanzler Herrn Friedrich Merz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Das Bündnis
Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen

Offener Brief an den Bundeskanzler Herrn Friedrich Merz zur geplanten BGG,- Gesundheit- und Pflegereform

die von Ihrer Bundesregierung angekündigte Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes wird ihrem Namen nicht gerecht. Statt echte Fortschritte bei der Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu schaffen, droht sie bestehende Benachteiligungen fortzuschreiben und in einzelnen Bereichen sogar zu verschärfen.

Besonders kritisch ist, dass auch künftig keine wirksame und allgemeine Verpflichtung zur Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft geschaffen werden soll. Barrierefreiheit bleibt damit für viele Unternehmen weiterhin weitgehend freiwillig. Für Millionen Menschen mit Behinderungen bedeutet dies, dass ihnen der gleichberechtigte Zugang zu Dienstleistungen, Produkten, Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe weiterhin erschwert oder verwehrt wird.

In der Anhörung des Deutschen Bundestages wurde deutlich, dass zahlreiche Sachverständige den vorliegenden Gesetzentwurf kritisch bewerten. Das Deutsche Institut für Menschenrechte, der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband sowie der Sozialrechtler Prof. Dr. Felix Welti haben eindringlich darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen Regelungen hinter den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zurückbleiben.
Besonders alarmierend ist die Einschätzung, dass sich die Rechtsposition von Menschen mit Behinderungen durch einzelne Regelungen sogar verschlechtern könnte.

Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, Barrieren abzubauen und die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Auch Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes verbietet die Benachteiligung wegen einer Behinderung. Diese Verpflichtungen dürfen nicht durch Ausnahmeregelungen, unverbindliche Formulierungen oder fehlende Rechtsdurchsetzung ausgehöhlt werden.

Mit großer Sorge beobachten wir zudem die Argumentation verschiedener Wirtschaftsverbände. Während die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Handelsverband Deutschland vor zusätzlichen Verpflichtungen und möglichen Ansprüchen warnen, wird dabei häufig übersehen, wer die tatsächlichen Folgen fehlender Barrierefreiheit trägt: die betroffenen Menschen selbst.

Das Bündnis ist einen Zusammenschluss von Vereinen und Organisationen.

Unser Team:

Allgemeiner Behindertenverband Deutschland (ABiD)

Der Landesverband ist ein Zusammenschluss der Ortsvereine und Selbsthilfegruppen Schwerhöriger

ForseA

Fördergemeinschaft der Querschnittgelähmten in Deutschland e.V. (FGQ)

Mobil mit Behinderung e.V. (MMB)

Samuel Koch und Freunde e.V.

Sozialdenker e.V.

SOZIALHEDEN e.V.

Stiftung zur Förderung der Inklusion durch Mobilität (idm)

Wir! Stiftung pflegender Angehöriger

und so finden Sie uns:
www.dasbündnis.de

E-Mail: info@sozialdenker.de

Das Bündnis © 2026

ABiD Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. · ForseA · FGQ Fördergemeinschaft der Querschnittgelähmten in Deutschland e.V. · Wir helfen Helfern. Samuel Koch und Freunde
SOZIALDENKER Ideengeber für inklusives Engagement · SOZIALHELD*INNEN · idm Stiftung zur Förderung der Inklusion durch Mobilität · WIR! Stiftung pflegender Angehöriger

Besonders bemerkenswert ist die Aussage des Handelsverbandes Deutschland, wonach bei rund 50 Millionen Kundenkontakten pro Tag und einem Anteil von etwa 16 Prozent Menschen mit Behinderungen rechnerisch rund acht Millionen potenzielle Anspruchsteller täglich betroffen sein könnten. Diese Zahl wird als Begründung gegen weitergehende Verpflichtungen angeführt. Tatsächlich verdeutlicht sie jedoch etwas völlig anderes: die enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung von Menschen mit Behinderungen als Kundinnen und Kunden.

Wer auf acht Millionen potenzielle Anspruchsteller verweist, beschreibt gleichzeitig eine gewaltige Kaufkraft und einen erheblichen Teil der Bevölkerung. Es ist schwer nachvollziehbar, warum diese Menschen weiterhin mit Barrieren konfrontiert werden sollen, anstatt ihnen den gleichberechtigten Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen zu ermöglichen. Barrierefreiheit ist kein wirtschaftlicher Nachteil. Sie ist eine Investition in Kundenzufriedenheit, Teilhabe und Zukunftsfähigkeit.

Zudem verkennt die Diskussion über mögliche Ansprüche das eigentliche Problem. Je mehr Barrieren beseitigt werden, desto weniger Konflikte, Beschwerden und Einzelfallverfahren entstehen überhaupt. Dauerhafte und durchdachte Lösungen reduzieren langfristig Bürokratie, Rechtsstreitigkeiten und Folgekosten. Wer Barrierefreiheit systematisch umsetzt, schafft Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Wer sie hingegen immer wieder aufschiebt, produziert dauerhaft neue Konflikte.

Niemand verlangt, dass sämtliche Barrieren von heute auf morgen verschwinden. Aber Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, dass notwendige und zumutbare Maßnahmen verbindlich angegangen werden. Seit Jahren wird über Barrierefreiheit diskutiert. Seit Jahren werden Fortschritte angekündigt. Gleichzeitig erleben Betroffene täglich, dass sie Geschäfte nicht betreten können, digitale Angebote nicht nutzen können, Informationen nicht barrierefrei erhalten und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

Ebenso verfolgen wir mit großer Sorge die aktuellen Diskussionen über mögliche Einsparungen in der Eingliederungshilfe. Vorschläge zu Pauschalierungen, Leistungseinschränkungen oder Kürzungen gefährden die individuelle Unterstützung, auf die viele Menschen mit Behinderungen angewiesen sind. Die Eingliederungshilfe ist keine freiwillige Leistung, sondern eine grundlegende Voraussetzung für Selbstbestimmung, Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Wer hier kürzt, spart nicht an Ausgaben, sondern an den Chancen und Rechten von Menschen mit Behinderungen. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich klar gegen Leistungskürzungen und pauschale Einschränkungen stellt und den Anspruch auf individuelle, bedarfsgerechte Unterstützung uneingeschränkt sichert.

Auch die Gesundheits- und Pflegepolitik der Bundesregierung sorgt für erhebliche Verunsicherung. Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen sowie pflegende Angehörige stehen bereits heute unter enormem Druck. Steigende Belastungen, Leistungseinschränkungen oder Kürzungen treffen diejenigen besonders hart, die ohnehin auf Unterstützung angewiesen sind. Eine soziale Politik muss die Lebensrealität dieser Menschen verbessern und darf sie nicht zusätzlich belasten.

Menschen mit Behinderungen sind kein Kostenfaktor. Sie sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes mit denselben Rechten, derselben Würde und demselben Anspruch auf Teilhabe wie alle anderen Menschen. Eine moderne und inklusive Gesellschaft misst sich daran, ob sie Ausgrenzung abbaut oder wie jetzt als Gesetzesentwurf fortschreibt.

Das Bündnis © 2026

Unsere Forderungen bleiben bestehen:

1) Verpflichtende Barrierefreiheit jetzt auch für die Privatwirtschaft!
   Baulich, Digital und Kommunikativ.
2) Teilhabe ist ein Menschenrecht! Menschen mit Behinderungen sind kein Kostenfaktor.
3) Verpflichtenden Sozialfond für alle!
4) Gleicher Zugang zur Bildung für alle! Nie wieder Sonderschulen!
5) Keine Kürzungen in der Eingliederungshilfe! Zum Beispiel bei der Assistenz in der Schule, Arbeit und bei gesellschaftlicher und politischer Teilhabe.
6) Kein Pooling! Für ein selbstbestimmtes Leben!
7) Keine Sonderwelten, weil sie immer zu Gewalt führen. Wie es in Heimen und Werkstätten passiert.
8) Keine Kürzungen auf Kosten von Menschen mit Behinderungen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung!

Wir erwarten von Ihrer Bundesregierung, dass sie die Kritik der Sachverständigen ernst nimmt und den Gesetzentwurf grundlegend nachbessert. Deutschland braucht keine Reform, die bestehende Defizite verwaltet. Deutschland braucht eine Reform, die Barrieren wirksam abbaut, Rechte stärkt und echte Teilhabe ermöglicht.

Inklusion ist keine freiwillige politische Leistung. Sie ist ein Menschenrecht.

Mit freundlichen Grüßen

Das Bündnis
Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen

Berlin, 25.06.2026

Das Bündnis © 2026

ABiD Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. · ForseA · FGQ Fördergemeinschaft der Querschnittgelähmten in Deutschland e.V. · Wir helfen Helfern. Samuel Koch und Freunde · SOZIALDENKER® Ideengeber für inklusives Engagement · SOZIALHELD*INNEN · idm Stiftung zur Förderung der Inklusion durch Mobilität · WIR! Stiftung pflegender Angehöriger